

Fazitbericht: 22. FSS Security Talk – mit Prof. Dr. Herfried Münkler

Die globale Sicherheitslage hat sich in den letzten Jahren deutlich verschärft. Die Macht des Stärkeren verdrängt zunehmend die regelbasierte Weltordnung. Vor diesem Hintergrund durften wir beim 22. FSS Security Talk Prof. Dr. Herfried Münkler begrüßen – einen der führenden Experten für Geopolitik im deutschsprachigen Raum. In seiner profunden Analyse widmete sich Prof. Münkler drei zentralen Themen: der neuen Ära der Machtpolitik, der Zukunft des (transatlantischen) Westens sowie der Frage, ob sich Europa als politischer Akteur wird behaupten können oder zum blossen Objekt fremder Interessen verkommt.

Referat Prof. Dr. Herfried Münkler

1. Abschnitt: Eine neue Ära der Machtpolitik.

Einleitend blickte Prof. Münkler zurück: Nach 1989 habe Europa daraufgesetzt, dass sich mit der Etablierung einer regelbasierten Ordnung die Ära der Machtpolitik überwinden lasse – jene Machtpolitik, die den Kontinent in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ins Unglück geführt hatte. Der Einsatz von Gewalt sollte fortan einem Regime von Regeln unterliegen, Krieg in Europa zum politischen Auslaufmodell werden. Tatsächlich rüstete Europa nach 1989 ab. Eine grosse Erleichterung machte sich breit, und hielt lange an. Niemand kam auf die Idee, dass sich die Verhältnisse wieder ändern könnten. Man ging davon aus, dass 1989/90 einen fundamentalen Wendepunkt der Geschichte markiere und die Politik danach dauerhaft anders sein werde – jedenfalls nicht mehr geprägt von jener rabiaten Machtpolitik früherer Zeiten.

1.1. Ablösung der militärischen Macht durch wirtschaftliche Macht

Die vorherrschende Vorstellung war, dass sich militärische Macht als Instrument zur Steuerung der internationalen Ordnung durch wirtschaftliche Macht ersetzen lasse. Sanktionen sollten eine abschreckende Wirkung entfalten. Die ökonomischen Vorteile dieser neuen Ordnung widerspiegeln sich in einer «Friedensdividende» (Helmut Kohl), die vor allem in den Ausbau des Sozialstaats floss – vielerorts notwendig, zugleich jedoch mit einer weiteren Reduktion der militärischen Handlungsfähigkeit verbunden.

1.2. Juridifizierung der internationalen Politik

Parallel zur Aufwertung wirtschaftlicher Macht und ihrer wachsenden Bedeutung gegenüber militärischer Macht setzte sich die Vorstellung einer Juridifizierung der internationalen Politik durch. Schiedsgerichte sollten strittige Fragen zwischen Staaten klären, ohne dass – wie früher üblich – militärische Gewalt eingesetzt werden musste. Diese Form der Streitbeilegung war deutlich kostengünstiger als die Aufrechterhaltung eines umfassenden militärischen Apparats.

In einem weitergehenden Sinne führte diese Normativierung der Politik dazu, dass Staaten ihr Monopol politischer Gestaltung teilweise verloren. Internationale Organisationen und NGOs traten zunehmend als Bewirtschafter des Globalen und Universellen auf. Mit den sich wandelnden Rahmenbedingungen ist jedoch davon auszugehen, dass Macht wieder stärker zu den Staaten zurückkehren wird – jenen Akteuren, die Gehorsam verlangen, zugleich aber auch Schutz bieten.

1.3. «... den Erwartungshorizont als Erfahrungsraum imaginiert»

Rückblickend lässt sich sagen, dass die nach 1989 etablierte Ordnung den Europäern in ihren eigenen Vorstellungen und Fähigkeiten geradezu auf den Leib geschneidert war. Militärische Macht besaßen sie im Vergleich zu den grossen Mächten schon immer weniger, doch wirtschaftlich bewegten sie sich weitgehend auf Augenhöhe.

Heute stellt sich die Frage, ob diese auf wirtschaftlicher Macht und rechtlich regulierter Politik beruhende Ordnung nicht eher einem Wunschbild entsprach als einer politischen Realität. In gewissem Sinne haben wir uns «den Erwartungshorizont als Erfahrungsraum imaginiert»: Wir gingen davon aus, uns selbstverständlich in dieser Ordnung zu bewegen, ohne diese Annahme je ernsthaft zu hinterfragen.

1.4. Die offenen Fragen der regelbasierten Ordnung

Rückblickend zeigt sich, dass zentrale Fragen der imaginierten regelbasierten Ordnung unbeantwortet geblieben sind. An erster Stelle steht jene nach dem Hüter dieser Ordnung. Eine regelbasierte Ordnung benötigt einen Akteur, der sicherstellt, dass Regelbruch unattraktiv ist. Wer also übernahm diese Rolle? Die UNO blockierte sich im Sicherheitsrat regelmässig selbst, während die OSZE stets eine «Verhandlungsrunde» ohne Durchsetzungsfähigkeit blieb.

De facto übernahmen am ehesten die USA die Rolle des Hüters – verwechselten diese dabei allerdings oft mit der Position eines Herren. Diese Verwechslung ist nachvollziehbar, betrachtet man die Rolle des Hüters im Licht der Theorie der Allmende: Internationale Sicherheit ist ein Gut, das allen gehört und nicht privatisiert werden kann. Alle profitieren davon – unabhängig davon, ob sie etwas dazu beitragen. Derjenige, der investiert, trägt die Hauptlast. Diese «Tragik der Allmende» führt dazu, dass sich der Hauptinvestor irgendwann fragt, warum er diese Last weitertragen soll. Genau dies geschah unter Trump. Aus dieser Perspektive ist es folgerichtig, dass die USA sich entweder als übergeordnete Macht positionieren oder sich langfristig aus der Rolle des Hüters zurückziehen.

Obamas «Pivot to Asia» im Jahr 2011 deutete bereits an, dass die USA im 21. Jahrhundert nicht mehr bereit sind, ihre Macht gleichzeitig und gleichgewichtig im atlantischen und im indopazifischen Raum zu projizieren. Dieser strategische Schwenk war ein klarer Vorbote des Wandels, dessen Bedeutung jedoch vielfach unterschätzt wurde. Trumps «America First»-Politik markierte dann explizit die Absage an die Hüterrolle: Nicht mehr das globale Gemeinwohl und weltumfassende Sicherheit standen im Mittelpunkt, sondern ausschliesslich amerikanische Interessen. Trotz der Eindeutigkeit der Botschaft gingen viele davon aus, Trump sei eine vorübergehende Erscheinung. Seine erneute politische Rückkehr und der damit verbundene radikale nationale Egoismus zeigen jedoch, dass diese Haltung strukturellen Charakter angenommen hat. Sichtbar wird dies in der Aufkündigung internationaler Verpflichtungen, der Streichung von Mitteln für UN-Organisationen – also der Demontage jener «Softpower», von der Joseph Nye sprach – sowie in der grundsätzlichen Infragestellung der NATO.

Eine weitere offene Frage betraf den Umgang mit Putin als notorischem Regelbrecher. Russland konnte durch die internationale Gemeinschaft, insbesondere im UNO-Sicherheitsrat, letztlich nicht sanktioniert werden – das Veto nicht nur Russlands, sondern auch Chinas verhinderte dies.

Mit dem Krieg gegen die Ukraine und der gleichzeitig intensivierten hybriden Kriegsführung gegen Europa fanden sich die Europäer in einer «Sandwich-Position» wieder: zwischen russischer Bedrohung und amerikanischer Erpressung. An die Stelle der regelbezogenen ist eine machtbasierte Ordnung getreten – eine Ordnung mit völlig anderen Imperativen. Viele wollen dies nicht wahrhaben und halten an der Hoffnung fest, man könne bald zur Situation vor 2022 zurückkehren: zu normalen Beziehungen mit Russland, zur Nutzung russischer Rohstoffe, zu einer verlässlichen transatlantischen Partnerschaft unabhängig von amerikanischen Regierungswechseln.

Auch wenn die Zukunft ungewiss bleibt, ist klar: Europa wird in der Lage sein müssen, auf eigenen Füßen zu stehen. «Strategische Autonomie» lautet das Schlagwort – und umfasst weit mehr, als der Begriff auf den ersten Blick vermuten lässt.

2. Abschnitt: Was wird aus dem Westen – dem transatlantischen Westen?

2.1. Rückblick: Was war der Westen?

Wir haben mit dem Westen üblicherweise einen geopolitischen Akteur gemeint, der auf beiden Seiten des Nordatlantik präsent ist, der ein Bündnis auf Gegenseitigkeit darstellt und der tatsächlich über lange Zeit mit einer der stabilisierenden Anker der Weltpolitik war.

Die Installierung des Westens folgte der alten geopolitischen Devise, dass man die gegenüberliegende Küste unter Kontrolle haben muss – ein Prinzip, das die Amerikaner Ende der 1910er-Jahre noch nicht im Auge hatten, als sie sich aus Europa zurückgezogen. Sie waren davon ausgegangen, der Atlantik und der Pazifik seien breit genug, um als Sicherheitsbarrieren dienen zu können. Die Jahre 1941/42 haben dann jedoch schmerzlichst gezeigt, dass dem nicht so ist. Japanische Flugzeugträger schufen die Voraussetzungen für Angriffe auf die USA konkret Hawaii (Pearl Harbor) und deutsche U-Boote versenkten vor der amerikanischen Ostküste Frachtschiffe. Auf diesen Erfahrungen beruhte dann der Entschluss von Truman, nach dem Ende des zweiten Weltkrieges in Europa zu bleiben – und sicherzustellen, dass die «gegenüberliegende Küste» unter Kontrolle blieb und die Sowjets nicht bis zum Atlantik vordringen konnten. Analoges galt später auch für den Raum in Ostasien– wo die USA Kriege in Korea und Vietnam geführt hatten.

Im Endeffekt war der Westen als geopolitische Grösse so etwas wie eine Lebensversicherung sicherheitspolitischer Art für die Europäer. Man glaubte, sich darauf verlassen zu können. Die Amerikaner hatten schliesslich nicht nur die Kommandos für Europa, sondern auch die für den Nahen- und Mittleren-Osten und für Nordafrika in Deutschland stationiert. Europa war sich sicher, dass dies auch so bleiben würde - warum sollten die USA diese Konstellation auch aufgeben? Sie würden damit im Prinzip die Kontrolle der halben Welt aufgeben.

2.2. Die Zertrümmerung des Westens

Obamas «Pivot to Asia» war eine vorsichtige Andeutung, dass der transatlantische Westen als geopolitische Grösse in seiner alten Form bald nicht mehr bestehen würde. Trump freilich hat den Westen zertrümmert, nicht nur in geopolitischer Hinsicht, sondern auch in Fragen der Wertebindung und in seiner dritten Dimension, der wirtschaftlichen Dimension.

Trump hat den Westen als eine Grösse der internationalen Politik irreparabel zertrümmert. Ludwig Wittgensteins Satz «Words are deeds – Worte sind Taten» gilt nirgendwo so sehr wie in der internationalen Politik. Wenn erstmal daran gezweifelt wird, ob Artikel 5 des NATO -Vertrags uneingeschränkt gilt oder doch nur für diejenigen, die bspw. zwei oder drei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts in Sicherheit investieren, dann ist das de facto eine Aufforderung an die Gegner der NATO auszuprobieren, wie weit man effektiv gehen kann, bis Artikel 5 des NATO - Vertrag tatsächlich greift.

Konkret bedeutet das für Putin und seine Gefolgsleute, dass nach dem Drehbuch des Ukraine-Krieges als nächstes ein Angriff auf Estland, genauer den sogenannten Narva-Zipfel, naheliegend sein könnte. Die Amerikaner werden wenig unternehmen, um diesen zu schützen. Ob die Europäer bereit sind, Gegenwehr zu leisten und die baltischen Republiken zu verteidigen, muss sich ebenfalls erst noch zeigen. Die Stationierung einer deutschen Panzerbrigade in Litauen ist zumindest mal ein deutliches Zeichen dafür und kann als Erklärung angesehen werden, dass nun wir Europäer für Artikel 5 des NATO-Vertrags und dessen bedingungslose Geltung eintreten.

2.3. Die Strategie Trumps

Wenn es eine Strategie im Agieren Trumps gibt, dann die, dass er glaubt, eine kostengünstige Substitution für den amerikanischen Rückzug aus Europa hinzubekommen. Dazu zählt bspw. der Anspruch auf Kanada als 51. Bundesstaat oder auch das rabiate Agieren in der Grönland -Frage, wobei Island aus geographischer Sicht der nächste Kandidat sein dürfte. Er hat eine seiner Meinung nach deutlich kostengünstigere Barriere mit besserer Verteidigbarkeit gefunden, nur befindet sich diese halt nicht mehr in Europa.

Dabei hat es Trump indes nicht belassen. Stattdessen hat er hat den Westen auch als wertpolitische Grösse in Frage gestellt und gleichzeitig alles, was beide Seiten des Atlantiks miteinander verbindet: die Gemeinsamkeiten des demokratischen Rechtsstaates, die Verfassungsbindung des Volkswillens, die vitale Zivilgesellschaft, die korruptionsresistente Verwaltung, aber auch die geschichtlichen Parallelen wie etwa die Atlantische Revolution – man beachte bspw. die aktuelle Attacken auf die Zivilgesellschaft in den USA oder auch den vorherrschenden Nepotismus in der Trump-Administration. Ob die demokratischen Institutionen der USA in der Lage sein werden, Trump standzuhalten, ist eine offene Frage.

Dazu kommt nun auch noch die wirtschaftliche Dimension – die Anfechtung des existierenden Wirtschaftskreislauf durch Trumps Zolldrohungen. Trump hat alle drei Elemente infrage gestellt. Es geht ihm nicht nur darum, Kosten für die USA zu reduzieren, sondern sich vollumfänglich von Europa loszusagen. Ob das klug ist angesichts dessen, dass – wie er selbst betont – die zukünftige Hauptauseinandersetzung mit China stattfinden wird, ist eine andere Frage. Letztlich muss man sich über die Klugheit und die Berechenbarkeit von Donald Trump eigentlich auch keine Gedanken machen, denn jeder Gedanke dazu kann bereits am nächsten Tag aus einer spontanen Laune heraus schon wieder hinfällig sein.

3. Abschnitt: Wie kann eine zukünftige Weltordnung aussehen?

3.1. Hierarchie oder Anarchie?

Es stellt sich die Frage, ob die künftige internationale Ordnung von einer Hierarchie oder von einer Anarchie der Staatenwelt geprägt sein wird – Letzteres im Sinne der realistischen und neorealistischen Schule der internationalen Beziehungen. In einer Anarchie der Staatenwelt wüsste man abends nicht, mit wem man am nächsten Tag verbündet oder verfeindet sein wird – eine Situation, wie sie in den 1930er-Jahren in Europa herrschte: Politik nach reinen Opportunitätsgesichtspunkten. Eine hierarchische Staatenwelt hingegen wäre durch einige wenige Vormächte geprägt, die wie ein Direktorium der Weltordnung auftreten. Spieltheoretische Überlegungen legen nahe, dass eine solche Hierarchie aus fünf Vormächten bestehen müsste. Bei fünf Akteuren wären die Anreize gross genug, sich aktiv zu beteiligen; bei einer grösseren Zahl würde der individuelle Einfluss geringer, während die Kosten relativ höher ausfielen. Würde man die Zahl der Vormächte auf drei reduzieren, entstünden leicht 2-zu-1-Konstellationen, die als besonders kriegsträchtig gelten. Nicht zufällig verfügen auch im UNO-Sicherheitsrat fünf Staaten über ein Vetorecht. Ein Blick in die Geschichte stützt diese Überlegungen: In Europa haben sich seit dem 16. Jahrhundert immer wieder sogenannte «Pentarchien» herausgebildet.

3.2. Eine neue globale Pentarchie

Aus heutiger Sicht wäre für Europa die Entstehung einer neuen globalen Pentarchie vermutlich das vorteilhafteste Szenario. Ihr würden die USA und China angehören, ebenso Russland – nicht aufgrund technologischer Stärke, sondern wegen seiner beträchtlichen Bodenschätze und vor allem seines nuklearen Arsenal. Das wiederum ist zugleich ein schlechtes Signal, da es bedeutet, dass wir uns von der Geschichte der Nonproliferation verabschieden können. Es wird in naher Zukunft mehr Atomkräfte geben, gewissermassen einen neuen Run auf Atomwaffen. Bestärkt wird dieser bspw. durch die Situation der Ukraine. Dort wird man sich rückblickend fragen: Hätten wir das Budapester Memorandum von 1994 nicht unterzeichnet, in dem wir die geerbten Atomwaffen und Trägersysteme aus der Konkursmasse der UdSSR auf Druck der USA und des Vereinigten Königreichs an Russland abgegeben haben, wäre es dann je zur Annexion der Krim oder zu einem offenen Angriff gekommen? Andere Staaten beobachten diese Erfahrung sehr genau.

Als vierter Akteur einer solchen Pentarchie käme Indien in Betracht, und als fünfter Europa – allerdings nur, wenn es gelingt, den Übergang von einem umtriebigen Regelgeber und Regelbewirtschafter, dem oft zitierten «bürokratischen Monster Brüssel», hin zu einem wirklich politisch handlungsfähigen Akteur zu vollziehen.

3.3. Rückkehr der Imperien

Es lässt sich eine Rückkehr imperialer Politik beobachten – etwas, das viele lange nicht für möglich hielten. Russland organisiert seine Einflussgebiete v.a. mithilfe militärischer Macht – eines der wenigen Mittel, das sie haben. Der Fokus liegt dabei nicht allein auf der Ukraine, sondern auf dem gesamten Raum des Schwarzen Meeres. In diese Strategie fügen sich auch der Georgienkrieg von 2008 und die Versuche der Wahlbeeinflussung in Rumänien ein. Russland nimmt das Schwarze Meer gewissermassen in die Klammer und strebt seine Rückverwandlung in ein russisches Binnenmeer an.

Hinzu kommt die wachsende Präsenz Russlands in der Sahelzone und in Libyen. Die Sahelzone gilt als zentraler Knotenpunkt für die Verteilung von Migrationsströmen. Entsprechend ist davon auszugehen, dass ein möglicher Angriff auf den erwähnten Narva-Zipfel mit gezielten Flüchtlingsbewegungen in Richtung der portugiesisch-spanischen Inseln vor der westafrikanischen Küste koordiniert würde. Dies hätte zur Folge, dass NATO-Marineeinheiten aus der Ostsee abgezogen und in diesen Raum verlegt würden. Damit wären sie dort gebunden, und Russland hätte im Baltikum grössere Freiräume, seine imperialen Ambitionen voranzutreiben.

Chinas imperiale Strategie hingegen ist eng verbunden mit der «Neuen Seidenstrasse» («Belt and Road Initiative») und grosszügigen Infrastrukturinvestitionen in Ländern, welche diese Investitionen später nicht zurückzahlen können. China stundet die Rückzahlungen dann bereitwillig – jedoch verbunden mit der Erwartung, dass die betreffenden Staaten keine antichinesischen Resolutionen unterstützen. Dieses Vorgehen ist nicht auf Zentralasien oder das südliche Afrika beschränkt, sondern hat auch Europa erreicht, etwa über das 17+1-Format, dem sogar mehrere EU-Mitgliedstaaten angehören. Dadurch muss die EU künftig vermehrt mit internem Widerstand rechnen, wenn es um eine kritische Haltung gegenüber China geht.

In den USA zeigt sich imperial geprägtes Verhalten unter anderem am konfrontativen Auftreten Donald Trumps gegenüber Kanada und Grönland sowie an seinem «Golden-Dome»-Vorstoss – der Wiederaufnahme der von Reagan verfolgten Idee eines umfassenden Raketenabwehrsystems, das die Vereinigten Staaten im Prinzip unangreifbar machen soll. Realistisch betrachtet läuft dies lediglich auf eine neue Runde der Aufrüstung hinaus.

3.4. Welche Strukturen müssen die Europäer aufbauen, um ihren Einfluss sicherzustellen?

Auch die Europäer stehen unter Zugzwang und müssen sich ihrerseits um Einflussgebiete kümmern. Dazu gehört einerseits die Kontrolle des Schwarzen Meeres und der Ostsee – der beiden an Russland grenzenden Binnenmeere. Andererseits betrifft es Afrika, insbesondere die Stabilisierung der gegenüberliegenden Maghreb-Küste mit einer Tiefenwirkung bis in die Sahelzone. Die Migrationsbewegungen stellen eine erhebliche Vulnerabilität der europäischen Ordnung dar und bieten damit einen attraktiven Ansatzpunkt für Gegner Europas, um mittels «Weaponisation of Migration» gezielt Unruhe zu stiften. Europa muss deshalb versuchen, die Staaten der gegenüberliegenden Küste – von Ägypten bis Marokko – in irgendeiner Form enger an die EU zu binden, damit das derzeitige Erpressungspotenzial, das zunehmend zu einem Fass ohne Boden zu werden droht, abgeschwächt wird. Zugleich ist eine geeignete Präsenz in der Sahelzone erforderlich.

Innerhalb der Europäischen Union ist zudem zwingend ein Ende des Einstimmigkeitsprinzips notwendig. Diese Regel hätte spätestens mit der Osterweiterung abgeschafft werden müssen, da sie de facto jedem der 27 Mitgliedstaaten ein Vetorecht einräumt. Darüber hinaus braucht die EU abgeflachte Ränder und eine Hierarchisierung ihres Zentrums. Gegenwärtig lässt sich ein Wiederaufleben des Weimarer Dreiecks – der Achse Paris–Berlin–Warschau – beobachten. Ergänzt werden müsste dieses durch ein engeres Heranrücken der Briten und die Einbindung Italiens. Eine solche Vergemeinschaftung könnte als «Koalition der Willigen» die Aussen- und Sicherheitspolitik – die heute weitgehend unvergemeinschaftet ist – an sich ziehen.

In einem weiteren Schritt müssten die Europäer bereit sein, künftig selbst den Oberkommandierenden der NATO zu stellen – insbesondere dann, wenn die Amerikaner ihre Präsenz

in Europa so stark reduzieren, dass sie dafür keinen Anlass mehr sehen. Bisherige Ressentiments, nationale Empfindlichkeiten und historische Traumata haben dazu geführt, dass man in Europa einen US-Amerikaner als Oberkommandierenden bevorzugt hat. Wenn dies jedoch keine Option mehr ist und Europa sich als eigenständiger Akteur behaupten will, muss es bereit sein, diese Rolle selbst zu übernehmen. Ein mögliches Modell wäre, dass die Länder der genannten «Koalition der Willigen» den Oberkommandierenden im jährlichen Wechsel stellen. Voraussetzung dafür wäre allerdings ein europäischer Generalstab – ein grundlegendes Element dieses Ansatzes. Damit würden auch Debatten über eine eigenständige europäische Armee weitgehend hinfällig. Erforderlich wäre lediglich ein Stab, der die nationalen Armeen koordiniert – ähnlich der «Deutschen Armee» im Ersten Weltkrieg, die als solche nicht existierte, sondern aus mehreren «regionalen» Armeen bestand, die untereinander koordiniert wurden. Ein solches Modell hätte eine Dynamik zur Folge, die auch neutrale Staaten wie die Schweiz in die Lage versetzen würde, zu entscheiden, ob sie sich beteiligen oder Objekt der Entscheidungen anderer bleiben wollen.

Schliesslich benötigt Europa ein breit gefächertes Portfolio verschiedener Machtsorten. Neben einer deutlich stärkeren militärischen Komponente gehört dazu ein wirtschaftlich-technologisches Aufholen gegenüber den USA. Dazu zählen eine eigenständige Präsenz im Weltraum sowie Aktivitäten in den Bereichen Digitalität und Künstliche Intelligenz. Ziel muss es sein, dass europäische Staaten und Unternehmen ihre sensibelsten Daten nicht länger in Clouds amerikanischer Firmen speichern müssen und dass Europa eigene Systeme besitzt, um beispielsweise einen Ausfall von Musks Starlink kompensieren zu können.

All dies wird erhebliche Anstrengungen erfordern. Die Politik steht heute vor Entscheidungen von einer Reichweite und Tiefe, die sie nicht gewohnt ist. Diese neugeforderte Mentalität muss ferner auch von einer Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger mitgetragen werden – eine besondere Herausforderung für demokratische Rechtsstaaten im Vergleich zu autoritären Regimen.

Münkler schloss mit der Bemerkung, dass nach Vorträgen gelegentlich gefragt werde, ob er Optimist oder Pessimist sei. Er sei keines von beidem, da er weder den Best Case noch den Worst Case verallgemeinere. Aber Zuversicht wolle er haben. Zuversicht verstehe er als die Fähigkeit, Krisen als Chancen zu begreifen. Der eingangs beschriebene Druck – die Sandwich-Position zwischen Trump und Putin, in der sich Europa derzeit befindet – könne sich letztlich als die notwendige Aussenhilfe erweisen, die Europa braucht, um endlich jene strategische Höhe zu erreichen, die für seine künftige Handlungsfähigkeit erforderlich ist.